

PRESSEMITTEILUNG

LandFrauenverband Württemberg-Baden e.V. Stuttgart,
31.08.2026

Olgastr. 83
70182 Stuttgart
Tel. 07 11/248 927-0

info@landfrauen-bw.de
www.landfrauen-bw.de

Wenn der Staat spart, zahlen Frauen den Preis, auch bei uns in Baden-Württemberg

LandFrauenverband Württemberg-Baden schreibt an Bundestagsabgeordnete im Verbandsgebiet und unterstützt die Forderungen des Deutschen LandFrauenverbandes

Der Deutsche LandFrauenverband (dlv) hat deutlich gemacht: Die geplanten Sparmaßnahmen der Bundesregierung treffen Frauen besonders hart – bei Pflege, Familienleistungen und Altersvorsorge. Der LandFrauenverband Württemberg-Baden e.V., eine der größten Frauenorganisationen in Baden-Württemberg mit rund 51.000 Mitgliedern, schließt sich dieser Kritik an und wird selbst aktiv: Der Verband hat einen Brief an die Bundestagsabgeordneten im Verbandsgebiet verschickt, um sie auf die Folgen der Sparpläne für Frauen im ländlichen Raum aufmerksam zu machen.

„Was in Berlin als Haushaltskonsolidierung verhandelt wird, spüren die Frauen bei uns vor Ort ganz konkret in der Pflege ihrer Angehörigen, in der Erziehungsarbeit und als Alleinerziehende“, erklärt Karin Rau, Präsidentin des LandFrauenverbandes Württemberg-Baden. „Deshalb haben wir uns direkt an die Abgeordneten aus unserer Region gewandt. Wir erwarten, dass die Interessen der Frauen im ländlichen Raum bei diesen Entscheidungen nicht übergangen werden.“

Besonders kritisch sieht der Verband die geplante Absenkung der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige auf 70 Prozent. Häusliche Pflege wird überwiegend von Frauen geleistet, gerade auch im ländlichen Raum und der Gender Care Gap liegt bundesweit noch immer bei 43,4 Prozent. Auch der im Rahmen des Pflegeneuordnungsgesetzes (PNOG) geplante Wegfall des Entlastungsbetrags für Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1 drängt Frauen zusätzlich in unbezahlte Sorgearbeit, statt Prävention und Entlastung zu stärken. Sinkende Rentenansprüche erhöhen zudem das Risiko der Altersarmut für diese Frauen weiter.

Auch die geplante Verkürzung des Elterngeldbezugs von 14 auf 12 Monate sowie die vorgesehene Absenkung der Altersgrenze beim Unterhaltsvorschuss von 18 auf 16 Jahre lehnt der LandFrauenverband Württemberg-Baden ab. Rund 85 Prozent der Alleinerziehenden in Deutschland sind Frauen. Sie zählen schon heute zu den am stärksten von Armut bedrohten Familienformen. Der Verband schließt sich der Forderung des dlv an, den bisherigen Bezugszeitraum beim Elterngeld zu erhalten, die partnerschaftliche Aufteilung der Elternzeit zu fördern und den Unterhaltsvorschuss nicht zu kürzen.

„Eine notwendige Haushaltskonsolidierung darf nicht auf dem Rücken von Frauen, Familien und pflegenden Angehörigen ausgetragen werden“, so Rau weiter.

Der LandFrauenverband Württemberg-Baden setzt sich seit seiner Gründung 1947 als überparteilicher und überkonfessioneller Verband für Bildung, politische Interessenvertretung und gelebte Gemeinschaft von Frauen im ländlichen Raum ein. Gemeinsam mit den LandFrauenverbänden Südbaden und Württemberg-Hohenzollern vertritt er in der Arbeitsgemeinschaft der LandFrauenverbände Baden-Württemberg die Interessen von über 80.000 Frauen im Land.